



Inhaltsverzeichnis

12.11.2025	NDR: Norddeutsche Umweltminister wollen schnellere Endlagersuche	3
12.11.2025	Märkische Allgemeine - Ruppiner Tageblatt: In Ostprignitz-Ruppin bleibt die Furcht vor der Endlagersuche	5
12.11.2025	Aachener Zeitung Stadt: Wann rollen die Castoren nach Ahaus?	7
11.11.2025	t-online.de: Endlagersuche: Diese Orte rund um Bremen bleiben im Rennen	8
12.11.2025	Elbe-Jeetzelt-Zeitung: BI fordert Transparenz	13

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH



NDR

Norddeutsche Umweltminister wollen schnellere Endlagersuche

12. November 2025 06:14 | Medienart: Online

[Originalartikel](#) (Online Website)

Auf der Umweltministerkonferenz, die heute in Saarbrücken beginnt, wollen Niedersachsen und Schleswig-Holstein darauf drängen, dass die **Endlagersuche** beschleunigt wird. Aber dafür müssten Gesetze auf Bundesebene geändert werden.

Die Suche nach einem **Endlager** für hochradioaktiven **Atommüll** dauert noch Jahrzehnte - auch wenn die Bundesgesellschaft für **Endlagerung** (BGE) vor Kurzem die möglicherweise geeigneten Regionen in Deutschland weiter eingegrenzt hat. Nach dem aktuell gesetzlich festgelegten Verfahren könnte es trotzdem noch fast 50 Jahre dauern, bis ein Standort für ein **Endlager** feststeht. Das ist zu lange, finden unter anderem die beiden Umweltminister von Niedersachsen und Schleswig-Holstein, Christian Meyer (Grüne) und Tobias Goldschmidt (Grüne).

Endlager-Erkundungsphase

verkürzen

Auf der Umweltministerkonferenz, die bis Freitag in Saarbrücken stattfindet, wollen sie den Bund auffordern, das Gesetz, das die **Endlagersuche** regelt, zu ändern. Das Ziel: Der Standort für ein **atomares Endlager** soll schneller gefunden werden. Dafür schlagen sie vor, das Suchverfahren zu verkürzen. So sollen zum Beispiel nach 2027 geeignete Standortregionen für eine genauere Untersuchung gleichzeitig ober- und unterirdisch erkundet werden und nicht nacheinander. Es müsse auch nicht zwangsläufig ein Erkundungsbergwerk errichtet werden, heißt es in der Beschlussvorlage, die dem NDR Niedersachsen vorliegt. Ein weiterer Punkt: Um die Grundstücke erkunden zu können, sollten etwa Betretungsrechte gesetzlich geregelt werden, damit sich der Prozess nicht verzögert.

Endlagersuchgesetz

möglichst bald anpassen

Auch die Regierungsfractionen drängen auf eine schnellere **Endlagersuche**, ohne Abstriche bei der Sicherheit und der Beteiligung der Öffentlichkeit zu machen. Der umweltpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Jakob Blankenburg aus Lüneburg, sagt, die einzelnen Verfahrensschritte müssten besser miteinander verzahnt werden, so könne man Jahre gewinnen. Und auch der umweltpolitische Sprecher der Union, Mark Helferich aus Schleswig-Holstein, findet, bei der **Endlagersuche** müsse man

dringend einen Gang höher schalten. Vor allem den Menschen, die in der Nähe von Zwischenlagern lebten, sei eine weitere Verzögerung nicht zuzumuten. Einziger Haken: Da die Endlagersuche gesetzlich geregelt ist, müsste für ein schnelleres Verfahren erst das entsprechende Gesetz geändert werden. Deshalb wollen die Umweltminister auf ihrer Konferenz außerdem fordern, dass der Bund möglichst bald Eckpunkte für eine Gesetzesnovelle vorlegen soll.

In Ostprignitz-Ruppin bleibt die Furcht vor der Endlagersuche

Wulkow bei Neuruppin, Netzeband oder Flecken Zechlin: Drei Orte in OPR waren bisher als mögliche Standorte für ein Atommüll-Endlager in der Diskussion. Wirklich raus sind sie noch nicht

Ein Schreiben sorgt vor Ort für Unruhe: Kommen einzelne Gebiete rund um Neuruppin doch als Standort für ein Endlager für Atommüll aus ganz Deutschland infrage?

Könnte im Landkreis Ostprignitz-Ruppin vielleicht doch ein Endlager für Atommüll aus ganz Deutschland entstehen? Ein Schreiben der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) an alle hauptamtlichen Bürgermeister und Amtsdirektoren in Ostprignitz-Ruppin befeuert diese Befürchtungen neu. Nach diesem Schreiben gibt es in Ostprignitz-Ruppin mindestens „ein Gebiet, das günstige geologische Voraussetzungen für die sichere Endlagerung erwarten lässt“. Genauer wird die BGE nicht.

Allerdings hatte das Unternehmen schon 2020 eine Liste von 90 Orten und Regionen vorgelegt, die es nach damaligem Stand als Endlager für denkbar hielt. Auf der Liste standen auch drei Orte in Ostprignitz-Ruppin und einer unmittelbar an der Kreisgrenze: Wulkow bei Neuruppin, Flecken Zechlin, Netzeband und Wredenhagen in Mecklenburg-Vorpommern nördlich von Wittstock.

Bisher gibt es in Deutschland kein einziges zugelassenes Endlager für Atommüll. Die BGE sucht im Auftrag des Bundes derzeit nach Standorten, die für den Bau eines solchen unterirdischen Lagers in großer Tiefe geeignet sind. Der Untergrund muss so sicher sein, dass eingelagerter Atommüll dort theoretisch eine Million Jahre sicher eingeschlossen werden könnte, ohne dass Gefahr für die Umwelt droht. Es geht um zehntausende Tonnen strahlenden Abfalls aus ganz Deutschland.

Kompliziert und langwierig

Das Verfahren für die Suche nach möglichen Standorten ist äußerst aufwendig und zieht sich über etliche Jahre hin. Ziel ist es laut Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BfS), bis 2027 eine Liste von denkbaren Standorten zu haben, die im Anschluss darauf einzeln ganz genau geprüft werden.

Vor einer Woche hatte das BfS im Internet ein Tool freigeschaltet, auf dem jeder sich selbst ein Bild vom Stand der Suche in seiner Region machen kann. Dort sind die Regionen farblich markiert, die bisher bereits überprüft wurden, und es ist zu erkennen, ob die Experten des BfS die Gegend weiter für geeignet halten oder nicht. Neuruppins stellvertretende Bürgermeisterin und Beigeordnete Daniela Kuzu hat sich nach einem Blick auf die Karten erleichtert gezeigt. „Ich kann jetzt Entwarnung geben: Die Gebiete um Neuruppin und um Wittstock sind eher ungeeignet oder gar nicht geeignet“, sagte sie vor wenigen Tagen im Sozialausschuss der Stadt.

Sorge im Amt Temnitz

Doch so optimistisch ist nicht jeder. Thomas Kresse, der Amtsdirektor im Amt Temnitz, zu dem Netzeband gehört, ist viel skeptischer, ob sich das Thema Endlager für OPR wirklich erledigt hat. „Es wäre ja schön, wenn es

schon Grund zur Euphorie gäbe“, sagt er, „aber das sehe ich so noch nicht.“

Was ihn stutzig macht: Zwar kann man aus dem Online-Navigator des BfS entnehmen, dass Neuruppin und Wittstock als wenig geeignet für ein Endlager eingestuft wurden. „Aber Neuruppin war dafür sowieso nie vorgesehen“, sagt Kresse. Die vier Regionen, die bisher konkret benannt wurden - bei Wulkow, Netzeband, Flecken Zechlin und Wredenhagen - werden in dem Online-Tool bisher nicht als Endlagerstandort ausgeschlossen.

Einstufung ungewiss

Für diese vier Orte heißt es dort bisher nur, dass eine Einstufung in eine der vier Kategorien von sehr gut geeignet bis nicht geeignet erst noch erfolgen muss. Für Entwarnung sieht Amtsdirektor Kresse deshalb keinen Anlass.

Als vor fünf Jahren bekannt wurde, dass der Bund in oder bei Ostprignitz-Ruppin mögliche Endlager-Standorte prüft, wurde sofort Protest laut. In den folgenden Jahren ist es dann aber ziemlich ruhig geworden. Das dürfte auch an dem komplizierten Verfahren für die Suche liegen.

Ulrike Laubenthal vom Friedens- und Antigewaltprojekt Sichel schmiede in Zempow hatte vor vier Jahren noch versucht, sich dafür starkzumachen, dass mehr Bürger bei der Endlagersuche mitreden können. „Mir ging es nicht dar-

um, einzelne Standorte zu verhindern“, sagt sie ausdrücklich. „Ich wollte erreichen, dass es ein faires Verfahren für die Suche gibt.“

Verfahren sorgt für Frust

Doch mit ihrem Anliegen habe sie sich bei den Beratungen nicht durchsetzen können. Inzwischen hat sie resigniert aufgegeben und verfolgt die Debatte um ein mögliches Endlager kaum noch.

Mit der Freischaltung des Online-Navigators Anfang November wollte das BGE nach eigenem Bekunden für mehr Transparenz sorgen. Rheinsbergs Bürgermeister Frank-Rudi Schwochow bezweifelt allerdings, dass das klappt. „Ich

bin jedenfalls eher irritiert“, sagt er nach einem längeren Blick in das Internet-Tool. Wird die Fläche bei Flecken Zechlin denn nun noch als möglicher Endlager-Standort geprüft oder nicht?

Empfehlung des Landesbergamts

In der Tat ist das, was die Bundesgesellschaft für Endlagerung da herausgegeben hat, nur ein Zwischenschritt in einem langen Prozess.

Daniela Kuzu geht davon aus, dass nach Neuruppin auch die noch ungeprüften Orte in der Nähe demnächst als ungeeignet eingestuft werden. Sie stützt sich dabei auf Aussagen von Geologen aus der Region. Das Landesamt für Berg-

bau, Geologie und Rohstoffe Brandenburg hatte dem BGE schon vor Jahren geraten, die Fläche bei Wulkow, Netzeband und Flecken Zechlin ganz auszuschließen, weil das Gestein dort für ein Endlager ungeeignet sei. Formal passiert ist der Ausschluss bisher aber nicht.

Neue Erkenntnisse könnte es vielleicht bei der Informationsveranstaltung für Bürgermeister und Amtsdirektoren geben. Sollten Orte aus Ostprignitz-Ruppin entgegen aller Erwartungen weiter für ein Endlager geprüft werden, sind die Gemeinden fest entschlossen, heftigen Widerstand zu leisten, sagt Daniela Kuzu.

Wörter: 865
Autor/-in: Reyk Grunow
tmt6hzqjrlli1sey4ksogf
Seite: 13
Ressort: Lokales
Medienkanal: PRINT
Mediengattung: Tageszeitung
Medientyp: PRINT

Ausgabe: Nebenausgabe
Auflage¹: 1.585 (gedruckt)
3.065 (verkauft)
3.701 (verbreitet)
Reichweite²: 0,01309 (in Mio)

¹ von PMG gewichtet 10/2025

² von PMG gewichtet 7/2025

Wann rollen die Castoren nach Ahaus?

Gericht entscheidet über Eilantrag.

Jülich Die Frist läuft. Bis zum 31. August 2027 – so steht es in der Beförderungsgenehmigung – muss die Jülicher Entsorgungsgesellschaft für Nuklearanlagen (JEN) die in Jülich eingelagerten 152 Castoren mit radioaktivem Müll ins Zwischenlager nach Ahaus gebracht haben. Am 25. August hatte das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) die Genehmigung für die Transporte erteilt und den sofortigen Vollzug angeordnet. Wann der erste Transport starten könnte, ist aber bisher nicht absehbar.

Noch im Zeitplan Acht bis zehn Wochen werde man nach der Erteilung der Genehmigung bis zum Transportbeginn benötigen, hieß es von Seiten der JEN stets, demnach liegt man also noch im Zeitplan. Das vor allem, weil Zeit für Abstimmungen mit der Atomaufsicht und den Polizeibehörden benötigt werde. Diese Gespräche sind erfolgt, geschehen ist seitdem aber nichts.

„Die Anordnung der sofortigen Vollziehung hat zur Folge, dass Rechtsbehelfe gegen die Beförderungsgenehmigung keine aufschiebende Wirkung haben“, hatte das BASE ausdrücklich erklärt und die JEN gleichzeitig betont, den ersten Transport noch in diesem Jahr umzusetzen.

Das auch vor einem besonderen Hintergrund: Wenn der erste Castortransport erfolgreich verlaufen ist, kann die zwei-

te verbliebene Option zur Entsorgung der radioaktiven Abfälle – der Neubau eines Zwischenlagers in Jülich und eine neue Betriebsgenehmigung für das noch in Betrieb befindliche Zwischenlager – endgültig zu den Akten gelegt werden.

Anzeichen, dass die Transporte wie ursprünglich geplant im November oder im Dezember starten werden, gibt es bisher nicht. Das verwundert, weil die vom BASE gesetzte Frist bei der Menge an Castoren, die transportiert werden müssen, herausfordernd ist. Beantragt waren Einzeltransporte. In den verbleibenden jetzt noch 22 Monaten müssten also knapp sieben Transporte in einem Monat erfolgen. Das dürfte nicht zu leisten sein. Aber selbst wenn bis zu drei Castoren gleichzeitig auf den Weg nach Ahaus gebracht werden sollten, müssten jetzt schon mehr als zwei Transporte im Monat erfolgen – und das kontinuierlich ohne Pause bis Ende August 2027.

Dass trotz des Sofortvollzugs abgewartet wird, dürfte mit einer Klage gegen den Bescheid des BASE zusammenhängen. Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) hat vor dem Verwaltungsgericht Berlin einen Eilantrag gegen die sofortige Vollziehung der Transporte gestellt. Bereits im August hatte die JEN angekündigt, die Entscheidung darüber abwarten zu wollen.

„Die JEN wird den weiteren rechtlichen Verlauf bei der konkreten Transportplanung berücksichtigen“, hieß es da leicht verklausuliert. Letztlich will der BUND erwirken, dass die Castortransporte erst nach einer Entscheidung über die Klage gegen die Transporte starten dürfen.

Die Entscheidung im Eilverfahren soll zügig fallen. „Wir gehen derzeit davon aus, dass die zuständige Kammer noch in diesem Monat zu einer Entscheidung kommen wird“, sagt auf Nachfrage unserer Zeitung ein Sprecher des Verwaltungsgerichtes. Kommt es noch im November zu einer Entscheidung und zur Ablehnung des Eilantrages, muss aber nicht automatisch einen Tag später der erste Transport starten. Welche Zeitfenster für die Transporte gewählt werden, liegt in der Zuständigkeit der Polizei und nicht bei der JEN oder dem zuständigen Transporteur.

Aussagen, wonach ab Mitte November keine Transporte mehr stattfinden werden, weil die Polizei sich dann eher auf den Schutz von Weihnachtsmärkten konzentrieren könnte, werden so nicht mehr wiederholt. Stattdessen scheint die Polizei eher flexibel vorgehen zu wollen. Das könnte bedeuten, dass Transporte beispielsweise auch zu verkehrsärmeren Zeiten an Wochenenden denkbar wären. Termine und mögliche Transportrouten wird die Polizei aber vorab nicht kommunizieren, um die Transporte zu schützen.

Wörter: 566
Autor/-in: von Burkhard Giesen
Seite: 16
Ressort: Lokales
Rubrik: Aachener Zeitung Stadt
Medienkanal: PRINT
Mediengattung: Tageszeitung
Medientyp: PRINT

Ausgabe: Hauptausgabe
Auflage¹: 15.149 (gedruckt)
17.827 (verkauft)
18.050 (verbreitet)
0,08287 (in Mio)
Reichweite²:

¹ von PMG gewichtet 10/2025

² von PMG gewichtet 7/2025

Atommüll unter der Erde

Endlagersuche: Diese Orte rund um Bremen bleiben im Rennen

Die Suche nach einem Endlager für Atommüll wird konkreter: Die BGE hat neue Karten vorgelegt und zeigt, wo weiter geprüft wird – auch im Raum Bremen sind einige Orte weiter im Rennen.

Die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) hat ihre aktuelle Zwischenbilanz vorgelegt – und auch für Bremen und das Umland ist jetzt klarer, wo künftig weiter nach einem möglichen Standort für ein Atommüll-Endlager gesucht wird. Einige Flächen bleiben in der engeren Auswahl, andere sind nun endgültig ausgeschieden. Welche das sind, warum und wie es jetzt weitergehen könnte, erfahren Sie hier.

Welche Orte sind in und bei Bremen weiter im Rennen?

In der Region rund um Bremen bleiben mehrere Teilflächen im Verfahren. In Delmenhorst betrifft das die nördlichste Spitze bei Deichhausen sowie größere Bereiche im südwestlichen Stadtgebiet. Auch der Süden der Gemeinde Ganderkesee wird weiterhin untersucht.

In Bremen selbst zählen unter anderem die Stadtteile Gröpelingen, Walle und Findorff zu den Gebieten, die weiter als potenziell geeignet gelten. Diese Flächen liegen in einem großräumigen Teilgebiet, das sich über Niedersachsen, Hamburg und Schleswig-Holstein erstreckt – dort herrscht sogenanntes tertiäres Tongestein, das als eine der drei möglichen Wirtsgesteinsarten gilt. [Die genaue Karte der BGE finden Sie hier.](#)

Nicht mehr in der engeren Auswahl sind dagegen der nördliche Teil Delmenhorsts, große Flächen in Schierbrok, Heide und Stenum in der Gemeinde Ganderkesee sowie Teile der Gemeinden Harpstedt, Prinzhöfte und Groß Ip-

pener. Auch Teile der Bremer Neustadt und Bereiche rund um den Werdersee wurden aus der weiteren Prüfung genommen.

Bundesweit hat die BGE inzwischen rund 53 Prozent der untersuchten Teilgebiete als ungeeignet oder nur gering geeignet eingestuft.

Wie wird die Eignung geprüft?

Die BGE wendet ein mehrstufiges Verfahren an. Zunächst werden Ausschlusskriterien geprüft – etwa, ob das Gebiet durch Bergbau oder geologische Störzonen beeinträchtigt ist, ob es aktive Erdbebenlinien gibt oder Grundwasserströmungen den Einschluss des Mülls gefährden könnten.

In der zweiten Stufe gelten Mindestanforderungen: Das Wirtsgestein – also Salz, Ton oder Granit – muss in ausreichender Tiefe und Mächtigkeit vorhanden sein und darf kaum Wasser führen. Bei Salz ist etwa eine mindestens 300 Meter dicke Überdeckung vorgeschrieben, bei Ton muss das darüberliegende Gebirge stabil und dauerhaft intakt bleiben.

Danach bewertet die BGE geowissenschaftliche Kriterien: Wie dicht und stabil ist das Gestein über lange Zeiträume? Wie gut kann Wärme aus dem Müll abgeführt werden? Wie gering sind die Bewegungen des Grundwassers? Ziel sei, einen Standort zu finden, der den hochradioaktiven Abfall über eine Million Jahre sicher einschließen kann.

Bereiche in Bremen oder Delmenhorst, die diese Anforderungen nicht erfüllen, etwa durch zu durchlässige Schichten oder unzureichende Stabilität, wurden entsprechend aussortiert.

Was soll eingelagert werden?

Gesucht wird ein Endlager für hochradioaktive Abfälle – vor allem abgebrannte Brennelemente aus Kernkraftwerken und verglaste Rückstände aus der Wiederaufarbeitung. Es geht um rund 27.000 Kubikmeter dieser Abfälle, die dauerhaft sicher unter der Erde eingeschlossen werden müssen, teilte die BGE mit.

Die Abfälle geben starke ionisierende Strahlung und Wärme ab. Deshalb sollen sie in tiefen geologischen Formationen eingelagert werden, wo sie dauerhaft von der Umwelt abgeschirmt bleiben. Mehrere Barrieren – das Wirtsgestein, spezielle Behälter und zusätzliche Dichtmaterialien – sollen verhindern, dass radioaktive Stoffe an die Oberfläche gelangen.

Warum ist das Thema derzeit wieder aktuell?

Mit der Veröffentlichung der neuen Arbeitsstände Anfang November hat die BGE die Endlagersuche wieder ins Bewusstsein gerückt. Seit dem Atomausstieg und der Abschaltung der letzten Kernkraftwerke im Jahr 2023 wird der Druck größer, eine dauerhafte Lösung für den radioaktiven Abfall zu finden.

Derzeit lagern die Behälter in Zwischenlagern an den Standorten der früheren Kernkraftwerke. Diese sind jedoch nur

für einige Jahrzehnte ausgelegt. Ein sicheres Endlager soll den Abfall für mehr als eine Million Jahre von der Biosphäre abschirmen.

Wie geht es jetzt weiter?

Bis Ende 2027 plant die BGE einige wenige Regionen vorzuschlagen, die für eine genauere Untersuchung an der

Oberfläche infrage kommen. In einem nächsten Schritt sollen dort Bohrungen und geophysikalische Untersuchungen folgen.

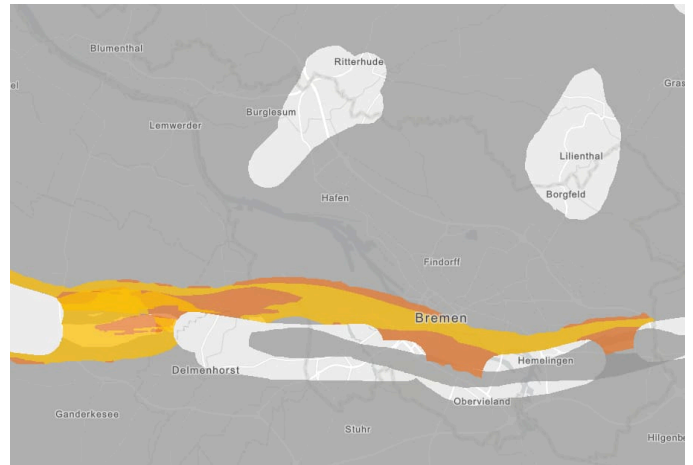
Nach Abschluss dieser Phase wird die BGE einen Standortvorschlag vorlegen, den das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung prüft.

Die endgültige Entscheidung über den Standort trifft der Bundestag per Gesetz. Ein konkretes Jahr für die Inbetriebnahme des Endlagers nennt die BGE nicht mehr. Das ursprünglich anvisierte Zieljahr 2031 gilt unter Experten längst als unrealistisch.

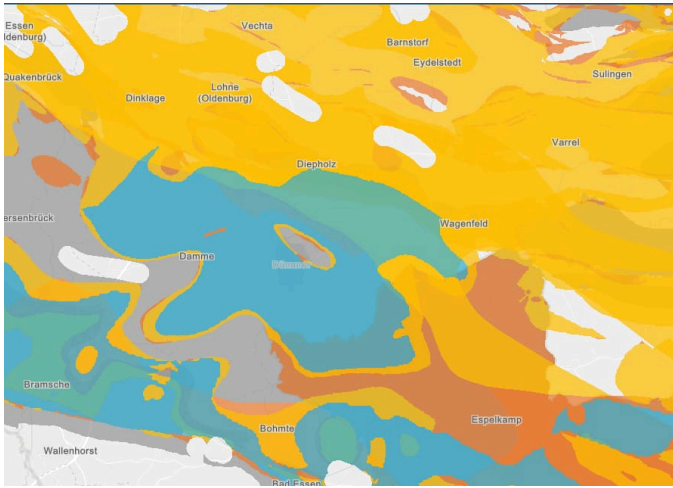
Wörter:	736	Ausgabe:	Einzelausgabe
Autor/-in:	Steffen Koller 92353310 stk	Visits (VpD) ¹ :	15.067.391
Rubrik:	Bremen		
Kurztitel:	Endlagersuche: Bremen weiter im Rennen		
Medienkanal:	ONLINE		
Mediengattung:	Online News		
Medientyp:	ONLINEMEDIEN		
Weblink:	https://bremen.t-online.de/region/bremen/id_100994768/bremen-endlager-fuer-atommuell-stadt-und-region-weiter-im-rennen.html		
	¹ von PMG gewichtet 09-2025		



Endlager Schacht Konrad in Salzgitter (Archivfoto): Ab dem Jahr 2030 soll hier eigentlich die Einlagerung von Atommüll beginnen. *Fotonachweis: BGE*



Karte der BGE: Die grau gefärbten Bereiche sind laut aktueller Prüfung weiterhin im Rennen. Gelbe und orangefarbene Bereiche hingegen gelten als ungeeignet, weiße Gebiete ebenfalls. *Fotonachweis: BGE*



Nach der zuletzt vorgenommenen Untersuchung gelten Teile rund um Diepholz und Bramsche (türkisfarben markiert) als geeignet, um dort langfristig Atommüll zu lagern. *Fotonachweis: BGE*

Blick ins Endlager Morsleben (Archivfoto): Die BGE will in den kommenden Jahren die Auswahl der Endlagerstandorte weiter eingrenzen. *Fotonachweis: Janosch Gruschczyk/BGE*

BI fordert Transparenz

Lüchow-Dannenberg. Kürzlich hat die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) einen neuen Stand bei der Suche nach einem Standort für ein Endlager für hoch radioaktiven Atommüll bekannt gegeben. Die Bürgerinitiative Umweltschutz (BI) Lüchow-Dannenberg ist mit dem Vorgehen der BGE jedoch unzufrieden. Die BGE müsse die Kriterien und Geodaten offenlegen, die zur Ausgrenzung von Teilgebieten bei der Endlagersuche führen, fordert die BI.

„Ohne Transparenz verspielt man Vertrauen“, begründet BI-Sprecher Wolfgang Ehmke diese Forderung. 29 der 90 Teilgebiete sind nach Angaben der BGE bisher bewertet worden. Von mehr als 50 Prozent der Landesfläche, die ursprünglich als potenziell geeignet angesehen wurden, ist nur noch die Hälfte übrig geblieben, unter anderem Tongebiete, die auch das Wendland tangieren. Bis 2027 will die BGE sogar nur noch eine Handvoll von Gebieten aus-

weisen, die dann in die engere Wahl kommen. Die BI sieht sich nun durch das niedersächsische Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG) in ihrer Kritik an der undurchsichtigen Datenpolitik der BGE bestätigt. Weil die BGE keine georeferenzierten Daten herausgibt, könne das Landesamt das Auswahlverfahren gar nicht überprüfen, sagte LBEG-Chef Saleem Chaudry dem Politikmagazin „Rundblick“. *ejz*

Wörter:	179	Jahrgang:	2025
Seite:	2 bis 2	Nummer:	Ausgabe 270, 2025
Rubrik:	LOKALES	Ausgabe:	Einzelausgabe
Medienkanal:	PRINT	Auflage ¹ :	8.865 (gedruckt)
Mediengattung:	Tageszeitung		9.720 (verkauft)
Medientyp:	PRINT		9.994 (verbreitet)
		Reichweite ² :	0,01418 (in Mio)

¹IVW 3/2025

²AGMA ma 2025 Tageszeitungen